

Wie bläst das Monopolkapital in der BRD zur Treibjagd auf kranke Arbeiter?

- **Hochrüstung trifft voll die Bevölkerung**
- **Profitstreben geht über die Gesundheit**
- **Wer nicht arbeiten kann, der fliegt**

Die von den aggressivsten imperialistischen Kreisen, besonders der USA, angeheizte Hochrüstung führt zu immer verheerenderen Folgen. In den imperialistischen Ländern treffen sie in kaum dagewesenem Maße die werktätige Bevölkerung. Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Hoffnungslosigkeit, Rotstiftpolitik auf der ganzen Linie bis hin zum Gesundheitswesen stehen als unwiderlegbare Beweise. Die BRD ist davon nicht nur, nicht ausgenommen, sondern zählt mit zu den Staaten, in denen die Werktätigen den von der CDU/CSU/FDP-Koalition gesteuerten friedensgefährdenden und zugleich die Staatsfinanzen zerrüttenden Kurs der Reagan-Administration in besonderem Maße auch auf sozialem Gebiet zu spüren bekommen.

Man braucht sich nur den im Juni beschlossenen neuen Bonner Haushaltset anzusehen. Der

Werktätigen wird in unverblümter Weise gedroht

Buchstäblich erschreckende Formen hat heute die Jagd auf Arbeiter und Angestellte angenommen, die durch die Arbeitshetze und die Gefahr drohender Arbeitslosigkeit Repressalien ausgesetzt und gesundheitlich angeschlagen sind bzw. werden. Gerade die immer noch steigende Massenarbeitslosigkeit wird von den Unternehmern als Disziplinierungsmittel gegenüber den

DGB kommt nicht umhin festzustellen, daß mit den neuesten Beschlüssen die Kohl-Regierung „jetzt auch in der Sozialpolitik endgültig die Wende auf dem Rücken der sozial Schwachen vollzogen“ hat. Was den einen - den werktätigen Bürgern - an Beihilfen, Unterstützungen, durch Streichungen, Steuererhöhungen, Beitragserhöhungen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung skrupellos genommen wird, das wird dem anderen - dem Monopolkapital - gegeben. Steuererleichterungen für die Konzerne sind beispielsweise im neuen Bonner Haushaltset ausdrücklich festgeschrieben. Da ist es verständlich, daß Großbanken und Monopole die Kohl-Regierung in den höchsten Tönen loben und zugleich auffordern, an ihrem Kurs der Demontage der Sozialleistungen festzuhalten, der voll die Werktätigen trifft.

noch beschäftigten Arbeitern und Angestellten mißbraucht. Es gibt mehr als eine Tatsache, die das beweist.

Die holsteinische Maschinenfabrik Tuchenhausen forderte alle Beschäftigten, die länger als 20 Tage krank waren, auf, ihre „Einstellung zum Arbeitsverhältnis“ zu überdenken, damit man nicht gezwungen sei, die Kündigung auszusprechen.

„Wir machen uns bereits Gedanken darüber, Ihren Arbeitsplatz eventuell neu zu besetzen, wenn es Ihnen nicht möglich ist, Ihre Fehlzeiten in Zukunft zu verringern“, ließ auch die Firma Roth in Gaggenau Arbeiter und Angestellte wissen.

In Neuss kündigte die Firma Schmolz und Bickenbach kurzerhand 15 Beschäftigten wegen Krankheit oder zwang sie anderweitig dazu, den Betrieb zu verlassen.

Eine Metallwarenfabrik im westfälischen Minden schickte einem Beschäftigten sogar den Krankenschein mit der ungeheuerlichen Erklärung zurück: „Anscheinend hat es sich noch nicht weit genug herumgesprochen, daß viele Arbeitsplätze wackeln oder wegrationalisiert werden. Andere Mitarbeiter haben da eine andere Einstellung zur Arbeit und arbeiten weiter, trotz gebrochener Finger und aufgeschnittener Hände, wie es früher allgemein üblich war. In Ihrem eigenen Interesse erwarten wir, daß Sie... die Arbeit wieder aufnehmen.“

Andere Betriebe wie die Gelsenkirchener Firma Ehrenreich wiederum forderten erkrankte Arbeiter und Angestellte zum „persönlichen Gespräch“ auf, um so Angst und Druck zu erzeugen.

Die Bocholter Eisengießerei versuchte sogar, die gesetzlich vorgeschriebene Fortzahlung des Lohnes im Krankheitsfall zu verweigern.

Das ist der - von den Unternehmern versteht sich - vielgepriesene Sozialstaat BRD.

Doch auch so etwas gibt es dort: Da werden in Betrieben die Krankenkassen von Arbeitern durch Aushang am Schwarzerr Brett be-